



Mehr Frauen in Führungspositionen

Frauen sind an den Unternehmensspitzen nach wie vor stark unterrepräsentiert. Ein neues Gesetz der großen Koalition soll für mehr Frauen in den Chefetagen sorgen.

➤ Mehr.

! DIE GUTE NACHRICHT

Die gute Nachricht: Der großen Mehrheit der Start-ups in Deutschland geht es offenbar nicht nur um den eigenen Erfolg, sondern sie wollen auch einen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten. In einer Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom mit 206 Start-ups gaben zwei Drittel (67 Prozent) der Gründer an, dass sie Lösungen auf den Markt bringen wollen, die für mehr Nachhaltigkeit sorgen. 87 Prozent äußerten die Überzeugung, dass Digitalisierung grundsätzlich einen entscheidenden Beitrag für mehr Nachhaltigkeit liefern kann. Drei Viertel (78 Prozent) waren der Meinung, dass die Politik Start-ups, die Lösungen für Umwelt- und Klimaschutz sowie Ressourcenschonung entwickeln, besonders fördern sollte.

➤ Report.

INHALT

➤ Seite 3

Das Gesundheitswesen boomt.
Sieben Millionen Jobs für 2040 erwartet.

➤ Seite 4

Medizinische Versorgung im Fokus.
Gesundheitssystem ist Deutschen sehr wichtig.

Gesetz soll für mehr Frauen in Firmenvorständen sorgen

Die Bundesregierung möchte mehr Frauen in Führungspositionen großer Unternehmen bringen. Ein vom Bundeskabinett verabschiedeter Gesetzentwurf sieht vor, dass in die Vorstände börsennotierter und paritätisch mitbestimmter Unternehmen mit mehr als drei Plätzen künftig mindestens eine Frau berufen werden muss. Eine feste Frauenquote gibt es bisher nur für Aufsichtsräte großer Firmen. Bei den Vorständen setzte die Politik bislang auf Freiwilligkeit.

Von den Neuregelungen, die als nächstes das Parlament durchlaufen müssen, sind laut Regierung rund 70 Unternehmen betroffen, von denen etwa 30 aktuell keine Frau im Vorstand haben. Erfüllen sie künftig die neuen Vorgaben, so würde laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) der Anteil der Vorständinnen von etwa 13 auf 21 Prozent steigen.

Dem Entwurf zufolge müssen Unternehmen künftig begründen und darüber berichten, warum sie sich das Ziel setzen, keine Frau in den Vorstand zu berufen. Der Bund selbst will Vorbild sein: Die bereits geltende Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent in den Aufsichtsräten wird auf Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes ausgeweitet. Das sind zum Beispiel die Deutsche Bahn, die Bundesdruckerei und die Deutsche Flugsicherung. Für die rund 90 Unternehmen wird außerdem eine Mindestbeteiligung von einer Frau in Vorständen eingeführt, die mehr als zwei Mitglieder haben. Auch in Körperschaften des öffentlichen Rechts wie Krankenkassen, bei Renten- und Unfallversicherungsträgern sowie bei der Bundesagentur für



Arbeit wird mindestens eine Frau in mehrköpfigen Vorständen zur Pflicht.

Bundesfrauenministerin Franziska Giffey bezeichnete das geplante „Zweite Führungspositionengesetz“ als „Meilenstein“. Qualifizierte Frauen an der Spitze bereicherten das Wirtschafts- und Arbeitsleben, seien Vorbilder und machten einen Unterschied. Sie sorgten damit erwiesenermaßen für mehr Erfolg. Freiwillig habe sich in den vergangenen Jahren in den Vorständen wenig getan. Das Gesetz solle daher mehr Verbindlichkeit schaffen.

Dass feste Vorgaben wirken und den Frauenanteil nachhaltig erhöhen können, zeigt laut DIW die 2015 von der Politik beschlossene Geschlechterquote für Aufsichtsräte. Die

WEBTIPP

Die Verbraucherzentralen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben eine neue Info-Plattform ins Leben gerufen. Faktenbasierte Inhalte sollen für mehr Transparenz im Bereich der digitalen Gesundheitsinformationen sorgen und die Gesundheitskompetenz der Nutzer stärken.

[➤ Zur Plattform.](#)



der Regelung unterliegenden Unternehmen hatten die vorgeschriebene 30-Prozent-Marke bereits 2017 geknackt und haben den Anteil der Frauen in Aufsichtsräten dennoch weiter erhöht – im Herbst 2020 lag er bei rund 36 Prozent. Die Politik hofft nun auf eine ähnliche Wirkung bei den Vorstandsbesetzungen. Allerdings verweist DIW-Expertin Katharina Wrohlich darauf, dass der Pool an möglichen Vorständinnen deutlich geringer sei, da Vorstände in der Regel langjährige Management Erfahrungen hätten und aus der Hierarchieebene direkt darunter rekrutiert würden. Genau dort seien Frauen aber deutlich unterrepräsentiert.

[➤ Infos.](#)

Abgehängte Corona-Helden

Am Anfang der Corona-Krise wurden sie als Helden bejubelt: Doch Pfleger und Verkäuferinnen gehören zu den Berufsgruppen, deren Verdienst auch in fünf Jahren weit unter dem Durchschnittslohn liegen wird, wie eine Studie der Prognos AG im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung zeigt. Danach wird das reale Bruttojahresgehalt im Gesundheits- und Sozialwesen 2025 um 4.400 Euro geringer sein als der deutsche Durchschnittslohn von 34.000 Euro. Im Einzelhandel klaffe sogar eine Lücke von 10.200 Euro.

Die Differenzen erklären sich mit Blick auf die Lohnsteigerungen der Industrie: In der Chemie- und Autobranche nimmt der Verdienst zwischen 2017 und 2025 um 6.000 Euro zu – zwei bis drei Mal so stark wie im Bereich Gesundheit, Soziales und Handel. Den unteren Einkommen drohen sogar reale Verluste, weil die geringe Inflation die noch geringeren Lohnzuwächse auffrisst.

► Infos.



Job-Boom bei Gesundheit

Die Alterung der Bevölkerung sorgt dafür, dass das Gesundheits- und Sozialwesen mit bundesweit sieben Millionen Beschäftigten im Jahr 2040 die meisten Erwerbstätigen stellen wird – rund 660.000 mehr als noch in diesem Jahr. Das geht aus einer Projektion des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hervor.

Im Vergleich dazu wird die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe nach Schätzungen der Forscher bis 2040 um 1,4 Millionen auf 6,1 Millionen abnehmen. Dies sei auf die nachlassende Dynamik der Exporte und den Anpassungsdruck zum Beispiel in der Automobilbranche zurückzuführen. Im Dienstleistungssektor verringern sich vor allem beim Handel die Erwerbstätigenanteile. Der weniger personalintensive Online-Handel stelle dabei eine Ausnahme dar, so die Forscher.

► Infos.

§ KÜNDIGUNG OHNE BEM

Führt der Arbeitgeber vor Ausspruch einer krankheitsbedingten Kündigung kein betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) durch, geht das nicht zu seinen Lasten, wenn der Arbeitnehmer sich an dem BEM sowieso nicht beteiligt hätte. Ein Arbeitgeber hatte einem langzeiterkrankten Mitarbeiter ordentlich gekündigt. Ein BEM hat er zuvor nicht durchgeführt, da er davon ausging, der Mitarbeiter werde einer Einladung ohnehin nicht folgen. Der Mitarbeiter erhob Kündigungsschutzklage – ohne Erfolg. Die Kündigung sei sozial gerechtfertigt, so das Urteil des Landesarbeitsgerichts (LAG) Berlin-Brandenburg. Zum Zeitpunkt der Kündigung war ein Ende der lang andauernden Arbeitsunfähigkeit nicht absehbar. Dem Arbeitgeber konnte die fehlende Durchführung eines BEM nicht vorgeworfen werden. Er war zu Recht davon ausgegangen, dass der Mitarbeiter einer Einladung nicht gefolgt wäre. Denn: Der Arbeitnehmer hatte sich schon zuvor nicht inhaltlich zu seinem Gesundheitszustand geäußert und es abgelehnt, im Betrieb zu erscheinen. Auch der Einladung des Integrationsamtes zu einem Gespräch war er nicht gefolgt – mit der Begründung, das Betriebsgelände nicht betreten zu können.

17 Sa 1605/18



Gesundheitssystem ist Deutschen besonders wichtig

Die Stärkung des Gesundheitssystems rangiert als Wunsch bei den Menschen in Deutschland ganz weit oben. In einer Forsa-Umfrage im Auftrag des AOK-Bundesverbandes gaben 78 Prozent der rund 2.000 Befragten an, dass sich die Bundesregierung mehr um die Stärkung des Gesundheitssystems, bessere Unterstützung für die Gesundheitsberufe und mehr Gesundheitsforschung kümmern sollte.

Darüber steht nur die Forderung nach mehr Investitionen in Schulen, Bildung und Kinderbetreuung (86 Prozent). Auf den Positionen drei bis fünf folgen Klimaschutz und der nachhaltige Umbau der Wirtschaft (77 Prozent), die Belebung von Wirtschaft und der Erhalt von Arbeitsplätzen (76 Prozent) sowie Investitionen in die Digitalisierung (71 Prozent).

Die Umfrage fand im Rahmen der AOK-Initiative „Stadt. Land. Gesund.“ statt. Mit ihr macht sich die AOK-Gemeinschaft für eine bessere Gesundheitsversorgung auf dem Land stark und unterstützt konkrete Projekte. Eine erste Befragung fand zum Auftakt der Initiative Anfang 2019 statt. Im Vergleich dazu hat sich die Zufriedenheit mit dem deutschen Gesundheitssystem leicht gesteigert. Gaben 2019 noch 82 Prozent der Befragten dem Gesundheitswesen gute Noten, so waren es jetzt 85 Prozent. Auch die Gesundheitsversorgung während der ersten Corona-Welle bewertet die deutsche Bevölkerung überwiegend positiv. 78 Prozent der rund 2.000 Befragten gaben an, dass die wohnortnahe medizinische und pflegerische Infrastruktur auch in Pandemiezeiten gut funktioniert habe.



„Das Corona-Virus hat unsere Gesellschaft aufgerüttelt und den Wert unseres Gesundheitswesens wieder in den Fokus gerückt“, sagt Martin Litsch, der Vorsitzende des AOK-Bundesverbands. „Die Menschen reagieren viel sensibler auf Themen der Gesundheitspolitik und Gesundheitsversorgung.“ So erwarten 83 Prozent eine gesteigerte Wertschätzung und mehr Anerkennung für Medizin- und Pflegepersonal. Der flächendeckende Ausbau guter Gesundheitsversorgung vor allem in ländlichen Regionen muss nach Ansicht von 79 Prozent mehr Gewicht bekommen.

➤ **Infos.**

APPS & LINKS

- **Alles über die neue Corona-Arbeitsschutzverordnung.**
- **Informationen zu den Corona-Impfungen.**

Impressum

Herausgeber: AOK-Bundesverband GbR
Redaktion und Grafik: KomPart Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
10178 Berlin, Rosenthaler Straße 31
www.kompart.de

Verantwortlich: Frank Schmidt
Redaktion: Thorsten Severin, Annegret Himrich
Creative Director: Sybilla Weidinger

Fotos: S.1: iStock.com/filadendron, S.2: AOK-Markenportal, S.3: AOK-Markenportal, iStock.com/scyther5, iStock.com/Natalie_, S.4: AOK-Markenportal

Informationen zum Datenschutz finden Sie hier:
www.aok-original.de/datenschutz.html

